

Zwischenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einheitspreis: 2 1/2 Mill. M. ...

Der Einzelpreis beträgt 1 200 000 M. ...

Einzelpreis 2 1/2 Mill. M.

Mittwoch, den 26. September 1923

3. Jahrgang Nr. 225

Kapitulation — auf Kosten der Arbeiter!

Fortschrittende Mobilisation der Fasziisten — Die Rechtsdiktatur soll Poincarés Bedingungen auf Kosten der Arbeitenden erfüllen

Die Besprechung der Koalitionsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder über den Abrück der polnischen Widerstandes ergab vollkommene Übereinstimmung.

Die einmütige Zustimmung der Vertreter von Ruhr und Rhein zum Regierungsplan zeigt, daß auch die Stinnes, Thyssen und Karstens sich geföhrt fühlen.

Nach fälschlich vollzogener Kapitulation beginnt die Hauptoffensive gegen die Arbeiterklasse.

Die ganze kapitalistische Macht steht also drohend vor der Arbeiterklasse, um ihr neue unerhörte Lasten aufzubürden.

Darum müssen die Klassenbewußten Arbeiter an alle Proletariat, welcher Organisation sie angehören mögen, herantreten und sie zur Entsehung zwingen.

Nur der letzte Weg kann die Arbeitenden vor dem Untergang retten!

Der Bürgerkrieg vor der Tür!

Ein Rundtelegramm der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm erlassen: Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten aus sich selbst den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten.

Die fälschlichen Beamten werden auf vielen Mißß der Reichsregierung verzichtet.

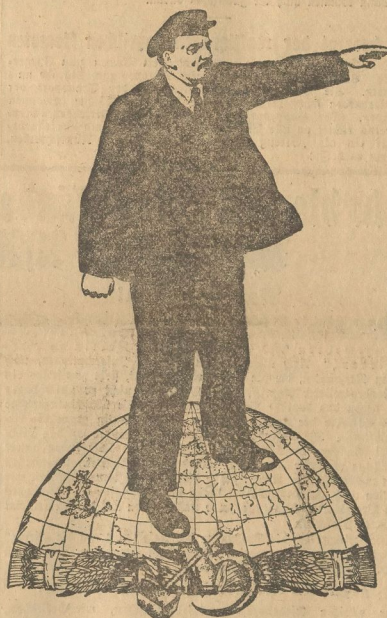
Der Runddruck der Regierung zeigt aber, wie ernst die Lage ist und wie verdröherlich das Ziel der Sozialdemokratie, jetzt die kommunistische Partei zu unterdrücken.

Das Diktat des französisch-deutschen Kapitals

Die Regierung hat den Befehl der Koalition des französischen und deutschen Kapitals ausgeführt: sie hat kapituliert, sie hat sich an Gnade und Abgunde ergeben.

Die Verwaltung bleibt ebenfalls nach wie vor in den Händen der Militären, obgleich einzelnen Beamten vielleicht die Wänter geföhrt würde.

Das Programm Strefemans wird nicht angenommen werden. Die Reparationskommission müße sich immer das Recht vorbehalten, produktive Garantien für die Reparationszahlungen zu ergreifen.



„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern! Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als die Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen!“

Mit anderen Worten: Das Proletariat am Rhein und an der Ruhr soll unter dem Druck der Bajonette arbeiten. Die ausgeheilten Beamten und Eisenbahner werden nicht mehr, bis auf Ausnahme einiger weniger, ins besetzte Gebiet hineingelassen, sie können in unbesetzten Gebiete verschommen und verhungern lassen, ohne einen Finger zu rühren.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen

Nach einer Sabotage-Meldung hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Paris nur durch die Presse Kenntnis von dem Entschluß Strefemans genommen.

Roose Diktator? EP. London, 25. Sept. Der Korrespondent der „Daily News“ in Berlin glaubt zu wissen, daß der Reichskanzler Dr. Strefemann die Absicht habe, abzutreten.

Das Ende des Ruhrkampfes

Die Verschäkerung von Rhein und Ruhr

Von Walter Stoecker

Kein Zweifel mehr: die völlige Kapitulation der Regierung Strefemann-Hilferding ist da, der Ruhrkampf ist verloren und bedingungslos wird Strefemann das Diktat von Paris entgegennehmen.

Dieser Ausgang des Ruhrkampfes bedeutet aber auch die Fortleitung der rheinisch-westfälischen von der deutschen Arbeiterklasse in den kommenden proletarischen Befreiungskämpfen, bedeutet, daß dem kommenden proletarischen Deutschland von vornherein das wichtigste Industriegebiet entziffen ist.

Weshalb dieses katastrophale und verhängnisvolle Ende des Ruhrkampfes, in dem Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte die schwersten Opfer auf sich genommen haben? Weil auch in diesem großen Kampfe um die Befreiung des deutschen Volkes die gesamten Opfer und Kosten nur von den beschlissenen, arbeitenden Schichten getragen wurden, und das Kapital auch diesen Kampf um Rhein und Ruhr nur benutzte, um sich schamlos zu bereichern.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und an der Ruhr sind ohne Unterschied der Parteien auch jetzt noch, trotz der

anflügelten Ozean, bereit, den Kampf gegen Poincaré fortzuführen. Es ist glatter Schmelz, wenn behauptet wird, die christlich-weltliche Arbeiterfront verlange die Aufgabe des passiven Widerstandes. Nein, im Gegenteil, im Ruhrgebiet herrscht unter der leibenden Arbeiter, Angestellten und Beamtenfront helle Empörung über die Aufgabe des passiven Widerstandes, ungeheure Eifererung über die Einstellung der Lohnforderung und die Herabsetzung der Erwerbslosenentlohnung. Während die durch den Ruhrkrieg der besten Arbeiterfront nur künstlich erschaffen wurde, hat man durch die Rückseite dem Großkapital Millionen und aber Millionen in den Boden geworfen, so daß man jetzt am Ende des Latins ist.

Der passive Widerstand wird gegen den Willen der Ruhrbevölkerung abgebrochen und damit die schamvolle Kapitulation vor Poincaré vollzogen, weil das deutsche Kapital keine Profitinteressen höher stellt als die Interessen des deutschen Volkes, als die Interessen der deutschen Nation.

Die Bedingungen Poincarés

- Der „New York Herald“ glaubt zu wissen, daß Poincaré den alliierten Regierungen folgendes Programm mitteilen werde, das nach der Einstellung des passiven Widerstandes in Kraft treten soll:
1. Deutschland soll die Ordnungsmittel und die Waffen zurückgeben und die Unterstellungen einstellen. Die Arbeit wird unter Kontrolle der Besatzungsbehörden wieder aufgenommen und es soll besonders die Kohlen- und Koksproduktion gefördert werden.
 2. Lieferungen von Rohmaterialien und Waren aus dem Ruhrgebiet werden wieder aufgenommen, sowie dies die wirtschaftliche Lage Deutschlands gestattet.
 3. Auf alle deutschen Ausfuhr wird eine Abgabe von 26 Prozent erhoben werden.
 4. Die deutschen Zölle werden auf der Grundlage der Gewöhnung erhoben und zum Teil an die Reparationskasse abgeführt werden.
 5. Die Eisenbahnen auf der linken Seite des Rheins werden von einem alliierten Trakt verstaatlicht, in dem Frankreich, Belgien, England und das Rheinland vertreten sein sollen. Poincaré betrachtet diesen Punkt als wesentlich für die Sicherheit Frankreichs.
 6. Gemalte Kohlengruben im Ruhrgebiet sollen von der deutschen Regierung beschlagnahmt und einem internationalen Trakt ausgeteilt und auf gleicher Grundlage wie die linksrheinischen Eisenbahnen verstaatlicht werden.
 7. Um die Garantie für eine Goldanleihe zu bekommen, soll in Deutschland unter ähnlichem Regime, wie dasjenige der linksrheinischen Eisenbahnen, ein Monopol geschaffen werden, woran allerdings Deutschland das überwiegende Interesse besitzen soll. Es würde sich hier um die belgischen Monopolverträge handeln, insbesondere in Kalkstein und Wäldern.
 8. Die Blockade des Ruhrgebietes wird sofort eingestellt werden, der Handel mit Ruhr und Rhein wird unter Kontrolle des Komitees des Rheins wieder aufgenommen werden. Es soll eine Armee der autonomen Eisenbahnen und Beamten in Erwägung gezogen werden, doch müssten diese zuvor die alliierte Autorität anerkennen.
 9. Die progressive Käufung der Ruhr wird beginnen, sobald die Alliierten davon überzeugt sind, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Frankreich und Belgien werden bestimmte Teile des besetzten Gebietes räumen, wenn eine gewisse Anzahl von Milliarden Goldmark bezahlt sein wird.
 10. Sobald die oben erwähnten Bedingungen von Deutschland angenommen werden, wird ein neuer Reparationsplan mit zwei- oder vierjährigen Moratorien für die Parität entworfen werden.
 11. Wenn gewisse Gruben an den alliierten Trakt abgetreten werden, so werden diese Abteilungen als gleichwertig mit Werksabteilungen betrachtet werden und das Moratorium demgemäß verlängert. Während der Dauer des Moratoriums behalten sich die Alliierten gewisse Anteile an deutschen Industriekreisen vor.
 12. Deutschland wird gehalten werden, eine alliierte Kontrolle über seine Finanzen durch die Reparationskommission oder das Kontrollkomitee anzuerkennen, und zwar nicht nur an der Ruhr, sondern auch in Berlin. Der Reparationskommission werden internationale finanzaltruistische Begehren werden. Durch die Tätigkeit dieser Kontrolle soll der Markt stabilisiert und dafür gesorgt werden, daß die deutsche Regierung ebensowohl Steuern erheben wird, wie die Alliierten.

Die Meldung des „New York Herald“ zeigt, wie Poincaré die Kapitulation Streikemans kontrolliert. Die Regierung der Großen Koalition kann auch durch die Aufgabe des passiven Widerstandes nichts mehr retten oder die Lage verbessern. Poincaré ist der Annahme aller Bedingungen fähig. Er stellt Forderungen, deren Durchführung die Beweiskraft aller Ziele der französischen Imperialisten bedeutet. Vollkommene politische und wirtschaftliche Auslieferung des Ruhrgebietes an das Comité des Forges wird verlangt. Darüber hinaus vollkommene Aufgabe der Finanzhoheit Deutschlands, Anteil an der deutschen Industrie, Monopole zugunsten der Reparationsgläubiger.

Nur ein Deutschland der Überlebigen, das, auf Sowjet-Rußland gestützt, der Sympathien der Arbeiter und Bauern Frankreichs fähig, kann eine Politik machen, durch die den Forderungen der französischen Imperialisten ein Riegel vorgeschoben wird.

Ausnutzung der Rheinlandrepublik

Nach Meldungen aus Köln soll am nächsten Sonntag bei einem großen Treffen der rheinischen Sonderbündler in Düsseldorf, des rheinischen Unabhängigkeitsbundes, die Rheinische Republik ausgerufen werden. Zu dieser Veranlassung sind von den Franzosen mehr als 70 Regimenter zur Verfügung gestellt. Es sollen bereits 200 000 Annahmungen vorliegen. Die Sonderbündler haben mit der Bildung von Kampfruppen begonnen. Die Zeitung der Rheinischen Republik soll einen vorläufigen Gesamt-Regierungs-Bürokratismus übertragen werden.

Konzentration der faschistischen Streitkräfte

Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus München, daß die Erregung in Bayern über die Ruhrkapitulation von Stunde zu Stunde wächst. Zunächst treffen die nationaldeutschen Verbände in Heberhauser Höhe die letzten Vorbereitungen. Der „Deutsche Beobachter“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe die Mitteilung, daß am 25. September in der Führung des „Deutschen Kampfbundes“, in dem sämtliche Sturmabteilungen und die Nationalsozialisten zusammengeschlossen sind, die Führer der Kampfbünde „Oberland“ und „Reichshöhe“, über die einheitliche politische Zeitung übertragen haben. Am Donnerstag finden 14 Massenversammlungen

in den größten Sälen von München statt, die von der Nationalsozialistischen Partei einberufen sind.

Die pommerischen Junker in der faschistischen Front!

Die Organisation der pommerischen Junker, der pommerische Landbund, hat an den Reichstagler ein offenes Schreiben gerichtet, worin sie die Lösungen der pommerischen Faschisten einfordert. Die pommerischen Junker treten ein für Durchführung des Kampfes bis zur vollständigen Befreiung, die übliche demagogische nationalfaschistische Phrase, die als Vorwand für den großen Schlag im Innern dienen soll; „eine unbedingt auf nationaler Grundlage stehende Diktatur“, also die faschistische Herrschaft, gegen den inneren Feind, gegen die Arbeiterfront; — es heißt dann weiter: „es meinen wir die Strömungen, die der Reichshauptstadt als dem Symbol der Reichsherrschaft abhold werden“ — also offener Separatismus.

Die Front des Faschismus schließt sich. Im Süden Hitler-Bayern, im Norden die Junker. Auf ihrer Fahne steht die Unterdrückung der Arbeiterfront, die Verkünder der Gestalt.

„Marsch der Bayern durch Thüringen und Sachsen“

(Eig. Drahtim.) Berlin, 26. September. Die „Deutsche Zeitung“ meldet über den deutschen Tag in Neumarkt in Bayern: „Reichshöhe“, „Oberland“, Nationalsozialisten, vereint in Berlin und Reich, haben sich betätigt. Von Nürnberg allein sind drei Bataillone und eine Pzelle in die Richtung gekommen. Der Reichshöhe Führer der Zeitung der „Reichshöhe“, Hauptmann Seife, hielt eine Rede, in der er unter anderem folgendes aussagte: „Nichts kann uns freimachen, als nur der Griff um Schwert. Wir müssen frei werden: Entweder durch den Marsch der Nationalen Volkstakt. Diesen Staat erreichen wir erst, wenn wir den Faschismus ausgerieben haben. Die innerpolitischen Fragen in Deutschland werden nur gelöst durch den Marsch der Bayern durch Thüringen und Sachsen nach Berlin. Erst wenn Deutschland im Innern frei ist, kommt das Ende. Dann kommen auch die Franzosen daran.“

Hochverrat der reaktionären bayrischen Beamten

Die Faschisten in Bayern rufen schon seit Wochen zum Bürgerkrieg. Adolf Hitler mobilisiert seine Truppen nach München nach Berlin. Die Reichshöhe Beamten sollen, um den Transport der Hitlergardien sicherzustellen, für die faschistischen Pläne gewonnen werden. Der Hauptvorsitz des bayrischen Verkehrsbeamtenvereins richtet an alle Bezirksleiter, Ortsmänner und Bezirksvereine ein als „Streng vertraulich“ bezeichnetes Rundschreiben, worin es heißt:

An die Zentralvorstände der SPD., USPD., des ADGB., der UfA. und des ADP.!

Werte Genossen!

Der militärische Oberkommandant der faschistischen Formationen hat in München angekündigt: „Jetzt heißt es, mit Waffengewehr und Gewehr nach Berlin zu marschieren!“ Nach allen uns vorliegenden Informationen, nach allen Nachrichten, die die Presse veröffentlicht, steht zweifellos ein gut vorbereiteter Angriff, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, gegen das deutsche Proletariat bevor. Die Waffengewehr und Gewehr der Konterrevolution sind schützig gegen die Arbeiterklasse. Die Aufgabe des passiven Widerstandes soll das Entschließen sein zum Angriff auf die Arbeiterklasse. Wir haben unsere Stellung zu dieser Frage klar und deutlich ausgesprochen. Wir haben die schicksalhaften Kampf gegen die Cuno-Regierung geführt, wir hatten auch die Kapitulation dieser Regierung für ein Verbrechen an Proletariat. Neue ungeheure Lasten sollen auf das Proletariat abgewälzt werden. Wir wissen, daß die Drohungen der Faschisten gegen die „Große“ Koalition leere Redensarten sind. Nicht gegen die Streikemänner usw. mobilisieren sie ihre Truppen, gegen die Arbeiterklasse wird mobilisiert.

Zur völligen Niederwerfung auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem Gebiet marschieren die Großen der großen Konterrevolution, welche nachher in Deutschland, auf dem Reichshöhe, die Cuno-Regierung unterdrückt hat, obwohl Ihr die Große Koalition, die Regierung des Chaos, die Regierung der Entglühung des Bürgerkriegs in Deutschland, ermöglicht hat, obwohl Ihr mühselig seid an dem Herabbrechen der Katastrophe, rühten wir an Euch trotz alledem, da es sich um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse handelt, folgende ernste Fragen:

1. Seid Ihr bereit zu einer unmittelbaren von allen Arbeiterorganisationen einziehenden gemeinsam durchzuführenden proletarischen Aktionshaltung mit folgenden Zielen:

- Entwaffnung der deutschen Konterrevolution zur Sicherung der Freiheit der Arbeiterklasse;
- Erfassung der Entwässer- und Produktionskontrolle zur Sicherung der Existenz der breiten arbeitenden Massen, zur Liquidierung des Ruhrkrieges auf Kosten der Bourgeoisie bei Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands;
- Erfämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse!

Als Kampfmittel schlagen wir Euch vor: den politischen Generalstreik.

Ihr habt bisher, wenn wir Euch eine gemeinsame Aktion zur Abänderung der Not und zur Rettung der deutschen Arbeiterklasse vorschlagen, entweder gar nicht oder mit leeren Redensarten geantwortet. Aber große Teile der Arbeiterklasse haben ganz murell, indem sie sich in immer größeren Scharen um die kommunistische Partei sammeln. Vielleicht werdet Ihr es diesmal wieder so tun. Wir warnen Euch! Die Welle der Konterrevolution und der Revolution wird über Euch hinweggehen! Ihr werdet blutig gehalten müssen, was Ihr heute verneint. Die kommunistische Partei hat vor der deutschen Arbeiterklasse bewiesen, daß sie kämpfen kann. Die kommunistische Partei hat Ihre Parteiunfähigkeit anzuzeigen. Sie wird auch jetzt an der Spitze der Arbeiterklasse stehen.

Die sozialdemokratische Partei, die sozialdemokratischen Arbeiter, jene sozialdemokratischen Führer, die in der letzten Zeit so oft von der Notwendigkeit des energiegelassen Kampfes gegen die Bourgeoisie zu reden wußten, müssen jetzt antworten. Vielleicht

Es ist komisch im Reiche wie auch in Bayern mit der Möglichkeit zu rechnen, daß durch einen Generalstreik die Staatsgewalt in andere Hände übergeht. Oberster Weisung für unser Verhalten in einer derartigen Situation, sei der Nachhiner, was er wolle, muß der sein, im Interesse des Volkes, um das Chaos nicht noch größer werden zu lassen, weiterarbeiten, und zwar unter Ablegung und Leitung unserer Vermählungen, so lange, als diese selbst in der Lage sind, uns Befehle zu erteilen.

Für den Fall, daß ähnlich wie jederzeit beim Kampfbund, die Reichsregierung eine Ablegung erteilt, die den Reichsbeamten überläßt, einer nicht verlässlichen Macht Dienste zu leisten, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die bayrische Staatsregierung auf Grund der Reichs- und Landesverfassung eine Notverordnung erläßt, die uns zur Dienstleistung zwingt. Dieser Notverordnung wird auch als Reichsbeamte wußt unter allen Umständen unterworfen.

Der bayrische Verkehrsbeamtenverein, welcher der bayrischen Faschistenpartei nahesteht, hat dieses Rundschreiben zweifellos im Einvernehmen mit der Regierung erteilt. Der Hinweis auf den Kampfbund ist durch den Vorstand die Beamten daraufhin instruiert, einer eventuellen Parole der Reichsregierung zur Arbeitsniederlegung nicht zu folgen. Das Rundschreiben beweist, wie weit die Vorbereitungen zum Faschistenputz in Bayern gehen sind.

Gegen links, ja, gegen rechts?

W.E.B. Berlin, 26. September. In der getriggen Sitzung des preussischen Staatsministeriums erklärte der Minister des Innern, er könne die Frage, ob die Ruhe und Ordnung in Preußen gegen Unterhaltungen von links und rechts hindrange gelöst sei, vorläufig bejahen. Das Staatsministerium beabsichtigt die Organisation von Volksgruppen weitesten Umfanges und wird demnach einen Aufruf zur Leistung von großen Spenden an Geld und Lebensmitteln erteilen.

Mit dem Gummihüpfel gegen den Hunger

Sozialdemokratische Zeitung für die Reichswehr verboten (Eigene Drahtmeldung)

Dresden, 26. September. In Zwickau und Dresden kam es gestern zu Zusammenstößen mit den Gewerkschaften. In Zwickau wurden die Demonstrationen durch Polizei mit Gummihüpfel gestört. In Dresden wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Verschiedene Parteimitglieder wurden verhaftet. Nach Meldungen der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“ ist diese für alle Soldaten der Wehrmacht nach einem Befehl des Reichswehrministeriums verboten.

Mit diesem Verbot sind in der deutschen Republik die Zustände des faschistischen Deutschlands erreicht, in dem ja auch den Soldaten das Lesen der sozialdemokratischen Zeitungen verboten war. Geht er triumphiert über Feigheit und preist auf die sozialdemokratischen Minister.

Alarm!

An alle Mitglieder der Partei!

An alle Ortsgruppen, Unterbezirksleitungen und Bezirksleitungen der Partei und Jugend! Wir stehen unmittelbar vor einem Vorstoß der äußersten Gegenrevolution!

In dieser Situation wenden wir uns an die ganze Partei bis zum letzten Mitglied und fordern sie auf zu höchster Alarmbereitschaft.

Die nächste Aufgabe ist die Mobilisierung des gesamten wehrfähigen Volkes gegen den drohenden gegenrevolutionären Vorstoß!

Die Zentrale hat an die Spitzen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien einen Offenen Brief gerichtet, um sie zur Stellungnahme zu veranlassen. Bis Mittwoch wird es sich für jeden Arbeiter klar erkennen herausstellen, welche Haltung die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsleiter im Moment höchster Gefahr einnehmen.

Wir fordern alle Ortsgruppen auf, sofort ebenfalls an die örtlichen Spitzen der Arbeiterorganisationen heranzutreten und ihnen im Sinne des Offenen Briefes die Bildung eines Aktionsausschusses

vorschlagen. Die nächste Aufgabe der Aktionsausschüsse ist die Vorbereitung des Generalstreiks

als Gegenschlag gegen einen Vorstoß der Reaktion. Die Betriebsräteauschüsse müssen überall sofort zusammenzutreten und eine Betriebsrätevollversammlung einberufen.

Auch die Angestellten- und Beamtenräte müssen dazu unbedingt herangezogen werden. Die Betriebsräte in Stadt und Land, Werkstatte und Kontor sind das Rückgrat des Kampfes der Massen. Die Dinge stehen auf des Meeres Schmelz! Wer jetzt nicht seine Pflicht erfüllt, ist ein Verräter an der Sache des wertigen Volkes! Berlin, 24. September 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale.) Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands (Sektion der KJG.)

Halle und Saalkreis

Halle den 26. September 1923.

Zur Werbewoche

Die Schuld der Sozialdemokratischen Partei

Es bedarf nicht vieler Worte, um den wütenden Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland zu schildern. Jeder Proletarier, jede Frau des Mittelstandes erlebt am eigenen Leibe, an ihren Kindern, Tag für Tag die fränkische Tragödie des Zusammenbruchs. Tagtäglich die Sorgen um die nächste Nahrung, für die der Lohn nie ausreicht. Keine Müll für ihre Kinder, keine Kohlen für den Winter, die Schließung der Spielplätze und Kruppen, die Auflösung der Krankenkassen. Kein Geld zum Leben und Bekleben werden! — Das ist die Lage des deutschen Proletariats. Gleichgültig macht sich das Schicksal in noch nie dagewesener Weise breit, bereitet sich in schamloser Weise auf Kosten des arbeitenden Volkes. Noch nie war der Klassenkampf je lebendiger, so deutlich greifbar wie jetzt.

Aber ist es nicht die Aufbegehrung, die alles Glend über das deutsche Volk gebracht hat? Sind die Sozialdemokraten an dem Glend schuldlos? — Allerdings hat die Ruhrbelegung Deutschland seiner wichtigsten Kohlenlager beraubt und damit die gesamte Wirtschaft ärmer gemacht. Aber diese Situation haben die Großindustriellen ausgenutzt, um unermeßliche Profite zu erlangen. Und die Sozialdemokratie? Sie ist die häßliche Arbeiterpartei; sie hält den Gewerkschaftsapparat in Händen. Sie hätte jederzeit die Möglichkeit gehabt, durch ein kraftvolles Auftreten dem Proletariat wenigstens halbwegs erträgliche Lebensbedingungen zu verschaffen. Dagegen erstanden sie dem Kapital — durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik — sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung maßlos zu bereichern. So ist der Lohn der Arbeiter auf ein Minimum reduziert worden. Hunderttausende sind dem Hunger schon verfallen, Millionen vom Würger Hunger bedroht. Das langsame Dahinsterben des Volkes, das Hungerleben unterer Ränder ist das Werk der sozialdemokratischen Politik. Der SPD-Führer Angelt vor einer Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System magde ist unfähig, auch nur die kleinsten Vorteile für das Proletariat durchzuführen.

Seit fünf Jahren versucht der entschlossenste Teil des Proletariats der kapitalistischen Profitwirtschaft ein Ende zu bereiten, weil sie dem Proletariat seine Lebensgrundlagen mehr gewährt haben. Aber immer wieder trat die Sozialdemokratie als Stütze der alten Gewerkschaftsordnung auf. Im August 1923, aus Anlaß des Generalstreiks, fiel die Sozialdemokratie dem Proletariat in den Rücken. Lähmung, Zersplitterung der Arbeiterbewegung, Steuern für die arbeitenden Massen, Verteuerung der Gas- und Elektrizitätspreise, Wucherpreise für alle Lebensmittel, das sind die „Erfolge“ sozialistischer Regierungspolitik. Nun kann noch dazu der Hilfebedingliche Finanzplan ans Tageslicht.

Während der Sozialversicherungen, Entzug der Arbeitslosenunterstützung für Frauen und Säuglinge, Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Streikbrechung der Löhne. Das ist das sozialdemokratische Regierungsprogramm!

Aber die Massen stellen dem bürgerlichen Regierungsapparat die proletarischen Organe entgegen. Die Kontrollratsorgane und Betriebsräte wollen die Herrschaft und Verwaltung übernehmen, um mit einer Arbeiter- und Bauern-Regierung auf Kosten der Feinde den den arbeitenden Massen eine vernünftige Wirtschaft aufzubauen.

Der herrliche Kampf gegen die herrschende Klasse wird das Proletariat vor dem Untergang retten. Die Kommunistische Partei hat heute die besten und die schwersten Aufgaben, das gut zu machen, was die Sozialdemokratische Partei an den Massen gesündigt hat. Dazu bedarf sie aber der Unterstützung aller arbeitenden Männer und Frauen! Darum, Ihr Frauen, werbt auch Ihr neue Leser für den „Klassenkampf“. Auch Ihre Gattin die Parole: „In dieser Woche muß jeder Genosse und jede Genossin ein Mitglied für die Partei und einen neuen Leser für den „Klassenkampf“ gewinnen.

Die Korruption der bürgerlichen Presse

Seit einigen Wochen ist in Halle die „demokratische“ „Saale-Zeitung“ eingegangen, d. h. sie erscheint zwar noch unter demselben Titel weiter, jedoch mit dem Zeit der halb demokratischen und halb sozialparteilich geleiteten Stimmlosen „Allgemeinen Zeitung“. Jetzt soll, wie wir erfahren, die „Saale-Zeitung“ von dem Stimmlosen wieder abgetrennt werden und als Kopfbild des „Leipziger Tageblattes“ unter dem Titel „Mitteilungsblätter der Kurier“ erscheinen. Das neue demokratische Blatt erscheint zum ersten Male am 2. Oktober. Wir haben bereits früher auf die Organisation des „Leipziger Tageblattes“ hingewiesen und festgestellt, daß dieser „demokratische“ Verlag sich in den Händen tschechischer Kapitalisten befindet, die über genügend Geldmittel verfügen, die sie aus den Knochen der deutschen arbeitenden Bevölkerung herauspressen. Es sehen die „deutschen Demokraten“ in der Zeitung aus, die Demokraten, die vorgeben, die besten und die Interessen des Mittelstandes zu vertreten. In Wirklichkeit aber sind sie eins mit den ausländischen kapitalistischen Gewinnern und Räubern in der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung. Darum hinweg mit dieser korruptierten Presse auch aus den Wohnungen des Mittelstandes. Über diese Presse unterrichtet, unterstützt diejenigen, die das entsetzliche Glend in Deutschland noch verheeren wollen. In die Wohnungen der Arbeiter, Angestellten, der kleinen Beamten, der kleinen Kaufleute und der Kleinrentner, gebort nur der „Klassenkampf“. Ein Probeabonnent von vier Wochen wird auch die Angehörigen des Mittelstandes überzeugen, daß ihre Interessen am energichsten und ehrlichsten vom „Klassenkampf“ vertreten werden.

Die Stimmlose „Allgemeine Zeitung“ macht die größten Anstrengungen, um Eingang auch bei der arbeitenden Bevölkerung zu finden. Wir erinnern nur an die niedrigen Abonnements- und Einzelheftpreise, an die singulären Stellenangebote und an die vielen anderen unaufrichtigen Geschäftspraktiken, die von uns schon früher gebührend gekennzeichnet worden sind. Trotzdem aber ist die „Allgemeine Zeitung“ eine Zeitung, die sich nicht nur von den Interessenten gelesen wird, die mit und für Stimmlos arbeiten. Das wird

jetzt auch wieder in einem Rundschreiben des Stimmesverlags an die Geschäftsleute und an die Industriellen bekräftigt, über die sich der Verlag wegen nicht genügender Unterstützung beklagt. Der Verlag ist hierbei recht offenherzig und schreibt kühl und trocken, daß die „Allgemeine Zeitung“ in Halle der Industrie als deren wichtigste Zeitung angesehen wird. In Halle der Industrie als deren eigene Schöpfung nicht leicht wie anderswo. Und daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine tatsächliche Vertretung der Industrie durch die Presse notwendiger als je erscheinen lassen“. Der Verlag weist dann auf die Kommunisten hin, die mit großem Eifer für die „Klassenkampf“ tätig sind und erwartet von den Kreisen, „für die sie kämpft“, daß auch sie mit demselben Eifer, wie die Kommunisten, die „Allgemeine Zeitung“ unterstützen. Ob der Verlag hiermit vielleicht meint, daß die jetzigen Arbeiter und Wähler, die Börsenpekulationen, die Industriellen sind, nun selbst treppauf und treppab laufen sollen, um neue Abonnenten für das Stimmesblatt zu bekommen? Dieser Irrtum des Interessenten des Stimmesblattes zur Gewinnung von Momentanen ungeheure Summen zur Verfügung, so daß der Verlag in die Lage versetzt wurde, eine große Summe von redegewandten Wörtern in die Wohnungen zu schicken. Das ist all nur anders werden! Die Interessenten sollen jetzt selbst werden. Wir empfehlen dem Verlag, dann dafür zu sorgen, daß jeder dieser vollkommenen Werber, die ihr ganzes Leben lang noch nicht gearbeitet haben, eine gut gepolsterte Umhüllung um den fetten Korpus erhält, damit es auf den Treppenabstiegen nicht so glatte Schritte gibt, wenn sie aus den Wohnungen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Leute die Treppe hinuntergeschritten werden.

Die Stimmlose „Allgemeine Zeitung“ wußte in der Montag-Nummer über den von einem „Schicksalstag in Moskau“ zu berichten. Diese „eigene Drehmethode“ kommt zeitlich bei den Deutschen häufiger vor, als bei den Russen. Die Stimmlose hat in Moskau fast, sondern in einem mittleren Orte Deutschlands, so die hohe Generalität der russischen Armee verarmelt ist, und nur noch auf der Zeitungszeitung, unter die Propaganda in Deutschland durchzuführen. Wie um Verheißung für die Halle leben noch mittelmäßig, bleibt Datum und Stunde für die deutsche Revolution bestehen. Bei folgendem Weiter findet sie in den Fällen statt.

Zur Werbewoche

Die Ortsgruppen der SPD müssen jetzt alle Anstrengungen machen, um der Partei neue Mitglieder und dem „Klassenkampf“ neue Leser zuzuführen. Sie müssen Rechenblätter ablegen, was sie in der Werbewoche getan haben. Noch ist es Zeit! Geht deshalb ungezügelt an die Arbeit! Nur diese führt den Erfolg!

Schließung des Arbeitersekretariats

Das Gewerkschaftsrat hat am 25. September, der Rat der Gewerkschaften, beschlossen, die Arbeitersekretariate am 1. Oktober zu schließen, da die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Beiträge für das Sekretariat auszubringen, sondern nur für die Arbeitersekretariate, haben für die Sekretariate von übertriebener Wohnung noch die Beiträge zum Satz an. Unter diesen Umständen hat der Rat der Gewerkschaften beschlossen, die Arbeitersekretariate zu schließen. Die noch in Umlauf befindlichen Sammelblätter des Sekretariats zu erhalten. Es ist nicht möglich, die Arbeitersekretariate am 1. Oktober zu schließen, da die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Beiträge zum Sekretariat abzugeben. Die Arbeitersekretariate sind am 1. Oktober zu schließen, da die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Beiträge zum Sekretariat abzugeben. Die Arbeitersekretariate sind am 1. Oktober zu schließen, da die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Beiträge zum Sekretariat abzugeben.

Erwerbslosenunterstützung

Für die Zeit vom 19. bis 25. September 1923 gelten folgende Höchstbeträge:

	In den Ortsklassen			
	A	B	C	D/E
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	21,5	20	18,5	17
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	17	16	15	14
a) unter 21 Jahren	13	12	11	10
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	17	16	15	14
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	14	13	12	11
a) unter 21 Jahren	10	9,5	9	8,5
3. Als familienangehörige für:				
a) den Ehegatten	8	7,5	7	6,5
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	6,5	6	5,5	5

Wirtschaftsschule an der Universität

Wähler, Angestellte und Beamte!
Die drei unterzeichneten freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen A.G.W., U.F.V. und U.F.V. haben bereits am gestrigen Tage aufgerufen für einen regen Besuch der am Donnerstag, dem 27. September beginnenden Wirtschaftsschule an der Universität Halle. Der Rat dieser drei größten wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung darf nicht ungenutzt vorbeigehen. Die Mitglieder dieser drei Organisationen müssen unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschule das Gros der Hörer dieser Wirtschaftsschule stellt.

Es kann nicht angehen, daß die Universitäten nur das Privileg des Bürgerrechts sind. Wollen wir uns die Arbeit und den Fortschritt erhalten, wollen wir für eine Demokratisierung der deutschen Universitäten und ihres Lehrkörpers eintreten, dann ist es die vornehmste Pflicht der Arbeiternehmer, an dieser Wirtschaftsschule teilzunehmen.

In diesem Jahre sollen auch unsere Mäde nach diesen hundertjährigen notwendigen wissenschaftlichen Kurien, die in zwei Jahren durchgeführt werden, werden. Die Wirtschaftsschulen, zusammengestellt aus einem Dozenten und Lehrenden 20 bis 25 Jahren, während des ganzen Wintersemesters zusammenzubringen, um über die wichtigsten Fragen auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Rechts einen Austausch der Gedanken vorzunehmen.
Es ist jedem Arbeitnehmer freigestellt, die vorgeschlagenen Vorträge nach Bedarf zu belegen. Es übernimmt nicht der Hörer nur

nicht die Verpflichtung, unbedingt an allen Kurien teilzunehmen, sondern es ist ihm möglich, je nach Zeit und Gelegenheit die Kurien, die ihm zuzugewandt sind, zu belegen.

Wäge der diesjährige Besuch der Wirtschaftsschule der Aufsicht der geplanten Arbeiterbewegung sei in einer ersten Betrachtung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung unter Benutzung der tatsächlichen Verhältnisse, von der die Arbeiter, Angestellten und Beamten bis jetzt ausgeschlossen waren.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsanweisung Halle.
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsanweisung Halle.
Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Ortsanweisung Halle.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Betriebsrat, Gruppe Bau. Am Mittwoch, dem 26. September, abends 7 Uhr, Versammlung im „Volkspark“.
Gewerkschaftler. Am Donnerstag dem 27. September, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im „Volkspark“. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden gebittet, die folgenden Beiträge für das Gewerkschaftsblatt unversäumt abzugeben, da es dem Ratet fast unmöglich ist, den Belegungsplan nachkommen.

* Die Herbstferien fallen nicht aus. Der Berliner Magistrat hatte dem Provinzial-Schulkollegium der Provinz Brandenburg den Antrag gestellt, die Herbstferien in diesem Jahre ganz ausfallen zu lassen und das neue Semester unmittelbar nach Schluß des Ostersemesters beginnen zu lassen. Als Ersatz für die Herbstferien sollte eine Verlängerung der Weihnachtsferien stattfinden, da voraussichtlich der Kohlenmangel noch zu einer vorübergehenden Schließung der Schulen führen wird. Dieser Antrag unterlag jedoch einer Ablehnung durch das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das als letzte Instanz die Entscheidung zu treffen hatte. Das Ministerium hat den Antrag des Berliner Magistrats, die Herbstferien ausfallen zu lassen, abgelehnt. Die Herbstferien dauern also planmäßig bis zum Sonntag, dem 29. September, bis einschließlich Montag, dem 3. Oktober.

Rentengeldzahlung bei der Volk. Die Zahlung der Rentnerrenten und der Invaliden- und Unfallrenten für Oktober, findet beim Postamt 1, Große Steinstraße, wie folgt statt: Rentnerrenten am 28. September für die Nr. 1 bis 4000, am 29. September für die Nr. 4001 bis Schluß. Am 1. und 2. Oktober werden Invalidenrenten und Unfallrenten gezahlt. Die Rentnerrenten werden am 3. bis 8. Oktober mit Rücksicht auf die erhöhte Rententabelle, die gezahlt wird, erst am 1. Oktober für die Nr. 1 bis 3500, am 2. Oktober für die Nr. 3501 bis Schluß. Vom 28. September bis einschließlich 6. Oktober werden die Renten in der Zeit von 8 bis 2 Uhr, am den folgenden Tagen von 9 bis 12 Uhr und 3 bis 6 Uhr, gezahlt.

* Arbeitsangelegenheit. Am Dienstag überlag eine Frauenspezialist ein vier Monate altes Kind (Junge) einer stilligen Empfängerin, die ihr schließlich kein mehr, das Kind in das Kinderheim zu bringen, unter dem Vorwand, daß sie eines Kindes in den Händen habe, und das Kind nicht mehr tragen konnte. Auf dem Kinderheim wurde die unbefugte Frauenspezialist abgeholt. Ein Arzt angegeben, aus Duerst zu sein. Das Kind ist nach dem Kinderheim Befehlert Straße gebracht worden.

* Die Arbeitsgemeinschaft fällt am Sonnabend aus.

Theater und Konzerte

Arbeiter-Volkstheater. Die für Sonntag, den 30. September, angelegte Vorstellung im Stadttheater (Hochhaus) findet der hohen Preise wegen nicht statt.

Aus der Provinz

Die SPD-Arbeiter gegen die Große Koalition

Die Konferenz der SPD-Anhänger in Köthen hat mit einer scharfen Auseinandersetzung der rechten Führerreihe mit dem oppositionell eingestellten Flügel am linken und linken (Medakante des „Volkstages“ in Dessau) beendet. Frein und Einzel verlangen die Durchführung der Forderungen, die sie bereits beim Eintritt der SPD in die Regierung aufgestellt worden sind. Die SPD-Anhänger in Köthen verlangen die Durchführung der Forderungen, die sie bereits beim Eintritt der SPD in die Regierung aufgestellt worden sind. Die SPD-Anhänger in Köthen verlangen die Durchführung der Forderungen, die sie bereits beim Eintritt der SPD in die Regierung aufgestellt worden sind.

Unter anderem geht der Streit in der SPD weiter. Eudonarowitz führt mit schwerem Gefühl auf, zu brennen, sich auf eine sachliche Diskussion einzulassen, freit er sich in den Forderungen der persönlichen Gehässigkeit herum. Frein beschimpft die Opposition als Revolutionäre.

Die Opposition der Frein-Einzel ist ein Symptom der Stimmung breiterer Schichten der SPD.

Arbeiter-Sport

1898. Zweite 1. (Hauptpreis) unterlag mit nachfolgendem Erfolg gegen Berlin 1. mit 4:0. 1898. Zweite 2. (Hauptpreis) unterlag gegen Berlin 1. mit 2:1. Durch das Niederliegen des von Berlin bestimmten Schiedsrichters mussten wir den Wettbewerb zum nächsten Bande bestimmen. Schiedsrichter mussten wir den Wettbewerb zum nächsten Bande bestimmen. Schiedsrichter mussten wir den Wettbewerb zum nächsten Bande bestimmen.

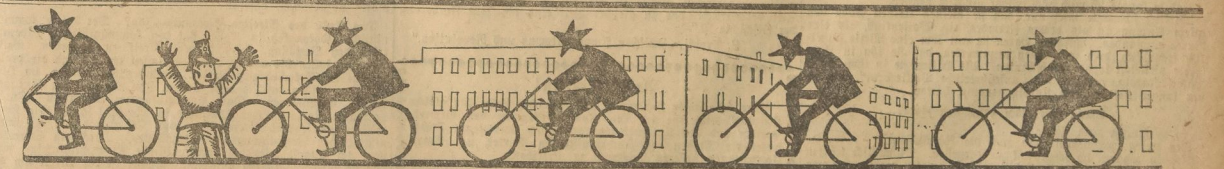
Die heutigen amtlichen Devisenkurse (1/2 24 nachm.)

	26. 9.		25. 9.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	49 476 000	49 724 000	47 451 000	47 710 000
Brüssel	6 728 150	6 755 850	6 723 150	6 756 850
London	5 685 750	5 714 250	5 615 000	5 644 500
Paris (fr. 100)	573 532 500	578 437 500	545 825 000	551 375 000
Reims (fr. 100)	125 035 100	126 315 000	120 037 500	121 302 500
Wien	7 780 500	7 819 500	73 035 500	73 090 200
Schwyz	29 548 500	22 658 500	21 605 500	21 714 500
Wien D. Devisen abgeht	177 555 000	178 445 000	171 015 000	172 024 000

1 Goldmark am 26. September (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 30 000 000 Papiermark.

1 1/2 Uhr: Dollar 126 315 500 Mt.

Berichtswortlich: Herold und Wenzel für den reaktionären Teil; für Anzeigen: Erik Krebs, Halle, Verdenstraße 14.



Es gibt kein Aufhalten, Herr Polizeipräsident Rungel! Der „Klassenkampf“ kommt überall hin, trotz Ihrer Forderung von 25 Goldpfennigen!

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Wochentlich. Bezugspreis drei Haus 23.-30. Sept. 15 Mill. M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Erhardt-Gesellschaft, i. V. Bes. Halle-Merseburg e. G. m. b. H. Halle, Berghelstraße 14. Fernr. 1046, 1047, 2251. Schriftleitung: Spitzschki 12-1 u. 5-6 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 1 200 000 M. für den W. M. 556 u. Spalte, 6 Mill. M. 1. Klasse, anfallt an den dreizehntägigen Zeitstellen. Anzeigen bis zum 10. Uhr erbeten. Druck- und Verlagsamt, Halle. Postfach 1000 48, Fritz Str. 6, Halle.

Einzelpreis 2 1/2 Mill. M.

Mittwoch, den 26. September 1923

3. Jahrgang Nr. 225

Kapitulation — auf Kosten der Arbeiter!

Fortschrittende Mobilisation der Faschisten — Die Rechtsdiktatur soll Poincarés Bedingungen auf Kosten der Arbeitenden erfüllen

Die Beförderung der Koalitionsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder über den Abbruch des politischen Widerstandes ergab vollkommene Übereinstimmung. Demnach hat auch der Vertreter Bagerns für die Kapitulation gestimmt, was beweist, daß der fidejussorischen Reaktion genügend Zusicherungen gegeben wurden, daß die Forderungen der Erfüllung ganz auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern abgewandt werden sollen.

Die einmütige Zustimmung der Vertreter von Ruhr und Rhein zum Regierungsplan zeigt, daß auch die Stinnes, Thyssen und Kappeler sich geföhrt fühlen. Die Streikmann-Regierung hat genau dieselben Leute gefunden, wie die Cuno-Regierung, als sie jeweils ihre Kriegsmassnahmen befohl. Die Bedingungen Poincarés sind nun bekanntgemorden. Sie bedeuten die Herrschaft der französischen Bajeonette über Rhein und Ruhr, Unterdrückung der Beamten und Arbeiter, dafür aber Beteiligung der Sinnesleute an dem geschiedten Ertrag der Eisenbahn und der Zechen, Durchführung des Sinnesprogramms durch französische Bajeonette.

Nach fastlich vollzogener Kapitulation beginnt die Hauptoffensive gegen die Arbeiterklasse. Das Großkapital von Industrie und Grundbesitz traut der Koalitionsregierung, trotzdem sie die kommunistische Partei verfolgt, ihre Stelle verleiht, Somit-Ausland propagiert, nicht die nötige Kraft, die Arbeiterklasse in die notwendige Sklaverei zu zwingen. Der Ruf nach einer Rechtsdiktatur wird immer frecher erhoben, die Faschisten mobilisieren in Bayern, in Hannover, in Hannover und im Ministerland. Im befehligen Gebiet mehrfachen die Separatisten auf, die sich auf die Industrie des Rheinlandes stützen können. Stinnes ist bereit, mit den Strauß, Hagen und Wolf sich auch mit einer Rheinischen Republik abzugeben.

Die ganze kapitalistische Macht steht also drohend vor der Arbeiterklasse, um ihr neue unerhörte Lasten aufzubürden, Lasten, unter der sie erliegen müßte. Dieser Angriff muß abgeschlossen werden! Jähren soll die Bourgeoisie durch deren Verrat der Ruhrkrieg verloren wurde. Gegen die Angriffe auf die Lebenshaltung, auf den Arbeitslohn, gegen die faschistischen Vorden steht die Arbeiterklasse in höchster Alarmbereitschaft, sie wird jeden Feind niederzuschlagen, wenn sie einen geschloßen vorgeht.

Jetzt sind die reformistischen Führer der SPD, und der Gemäßigten werden dabei, der Arbeiterklasse in diesem Kampf in den Rücken zu fallen und mit der Bourgeoisie das kapitalistische Erfüllungsprogramm durchzuführen.

Darum müssen die Klassenbewußten Arbeiter an alle Proletarier, welcher Organisation sie angehören mögen, herantreten und sie zur Entscheidung zwingen.

Für die Diktatur der Bourgeoisie, Abwälzung aller Lasten auf die Arbeitenden, oder für die Arbeiter- und Bauern-Regierung, Erfüllung der Sachverhalte, proletarisches Reparatursprogramm.

Nur der letzte Weg kann die Arbeitenden vor dem Untergang retten!

Der Bürgerkrieg vor der Tür!

Ein Rundtelegramm der Reichsregierung

Berlin, 26. September.

Die Reichsregierung hat folgendes Rundtelegramm erlassen: Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten aus sich selbst die Anordnungen der Reichsregierung zu folgen zu leisten. Ohne vorherige Anordnungen über ihre Dienstpflichten ergeht der Herr Reichspräsident.

Die faschistischen Beamten werden auf diesen Mißbrauch der Reichsregierung verzichtet. Dagegen wird die Regierung Streikmann diese Verordnung benutzen, um der schließlichen Regierung einen Kampf zwischen die Beine zu werfen.

Der Rundpruch der Regierung zeigt aber, wie ernst die Lage ist und wie verwerflich das Ziel der Sozialdemokratie, jetzt die kommunistische Partei zu unterdrücken. Im Werkstoff und Kontor müssen die Arbeiter und Angestellten die Einheitsfront zur Wehr des Faschismus bilden.

Das Diktat des französisch-deutschen Kapitals

Die Regierung hat den Befehl der Koalition des französisch und deutschen Kapitals ausgeführt: sie hat kapituliert, sie hat sich an Gnade und Angnade ergeben. Der ketsch informierte Pariser "Gazette" umschreibt das Diktat, unter das sich das Rhein-Ruhrgebiet beugen soll.

Die militärische Beziehung der Zechen bleibe unbedingte. Welche ich werde je weniger sichtbar werden, wenn man die Unterzeugung gewohnt habe, daß die Ruhe nicht gestört werde.

Die Verwaltung bleibt ebenfalls nach wie vor in den Händen der Alliierten, abgesehen einzelnen Beamten vielleicht die Militärbehörden.

Wenn ein fester Zustand wieder geschaffen sein wird, dann werden die Alliierten unter anderem über das Reparatursprogramm sich einigen. Nach erfolgter Einigung könne dann Deutschland sich dazu äußern.

Das Programm Streikmann wird nicht angenommen werden. Die Reparationskommissionen müßte sich immer das Recht vorbehalten, produktive Garantien für die Reparationszahlungen zu ergreifen.



Mit anderen Worten: Das Proletariat am Rhein und an der Ruhr soll unter dem Druck der Bajeonette arbeiten. Die ausgegrenzten Beamten und Eisenbahner werden nicht mehr, bis auf Ausnahme einiger weniger, ins belegte Gebiet hineingelassen, sie können in unbesetzten Gebiete verkommen und verhungern lassen, ohne einen Finger zu rühren. Das Ruhrgebiet bleibt bis auf weiteres im Zeichen des Bajeonettes, um aus den Arbeitern "das Letzte herauszuholen", wie es Herr Streikmann in Stuttgart androhte.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, den 26. September

Nach einer Sanas-Meldung hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Paris nur durch die Presse Kenntnis von dem Entschluß Streikmanns genommen. Dem französischen Botschafter in Berlin ist keine offizielle Mitteilung ausgegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Verhandlungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die die Gründung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gestattet wird.

Kosse Diktator? EP. London, 26. Sept. Der Korrespondent der "Daily News" in Berlin glaubt zu wissen, daß der Reichskanzler Dr. Streikmann die Absicht habe, abzutreten. Der Korrespondent hält es für möglich, daß Kosse die Rolle eines Diktators übernehmen werde. — Man erinnert sich seiner zivilisatorischen Verdienste.

Das Ende des Ruhrkampfes

Die Verschärfung von Rhein und Ruhr

Von Walter Stöcker

Kein Zweifel mehr: die völlige Kapitulation der Regierung Streikmann-Hilferding ist da, der Ruhrkampf ist verloren und bedingungslos wird Streikmann das Diktat von Paris entgegennehmen. Acht Monate tapferen und opferreichen Widerstandes des arbeitenden Volkes am Rhein und an der Ruhr gegen den französischen Imperialismus sind nutzlos veran, ohne jede Bedingung wird das Rhein- und Ruhrgebiet an Frankreichs regierende Kapitalistenklasse ausgeliefert. Die französischen Truppen bleiben im Ruhrgebiet, die Eisenbahnen bleiben in französischer Regie, die von den Franzosen beherrschte Internationalisierte Kommission berührt weiter unumgänglich auch politisch im ganzen befehligen Gebiet, verhängt Zollgrenzen, legt Steuern fest, kontrolliert Post und Telegraph, verhaftet und weist aus, wen sie will. Ob es zu einer "Rheinischen Republik" oder einem "Rheinland" kommt, ist nach dieser Kapitulation der Streikmann-Regierung nicht mehr eine bedeutende Frage, denn politisch ist das Rhein- und Ruhrgebiet durch die jegliche Entwicklung ohnehin faktisch für Deutschland verloren, wenn es zunächst auch formell dem Deutschen Reich noch angehört. Aber in Wahrheit mehr jeder, der die Dinge kennt, daß durch den Schritt der Streikmann-Regierung die Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr politisch, wirtschaftlich und militärisch vollkommen dem französischen Imperialismus ausgeliefert wird. Der faktische Auslieferung dieser Gebiete aber wird sicher bald auch die formelle Loslösung folgen, um so sicherer, da dies nicht nur das seit langem zähe verfolgte Ziel der französischen Imperialisten, sondern auch immer mehr das des rheinisch-westfälischen Grobkapitals ist. Stinnes, Wolff, Kiskonec und Thyssen führen ohnehin den Ruhrkrieg nur um den Prozentsatz an der gemeinsamen Beute. Der Kapitulation der Streikmann-Regierung voranzugehen sind entscheidende Verhandlungen zwischen rheinisch-westfälischer und französisch-belgischer Grobkapitalisten, in denen man sich über die wichtigsten Fragen einig gemorden ist. Leider ist es bisher nicht gelungen, das Dunkel dieser Verhandlungen zu lüften. Inbes: Einzelheiten sind nicht so wichtig, entscheidend ist: die Verständigung zwischen deutscher und französischer Grobkapitalisten ist perfekt, und die rheinisch-westfälische Arbeiterklasse wird diesen Pakt in kürzester Frist nur zu brutal am eigenen Leibe spüren. Mit französischen Bajeonetten wird Stinnes sein Programm des Zehnjahrestages, der weiteren Unabwieslichkeit, der Befestigung der Wirtschaft, der völligen Anrechnung und Verfassung der Arbeiterklasse durchsetzen. Eine unerhörte Kapitaloffensive gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und Ruhr wird die erste Folge der Kapitulation und dem Bündnis zwischen Stinnes und dem Comité des forges sein.

Dieser Ausgang des Ruhrkampfes bedeutet aber auch die Vortierung der rheinisch-westfälischen von der deutschen Arbeiterklasse in den kommenden proletarischen Befreiungskämpfen, bedeutet, daß dem kommenden proletarischen Deutschland von vornherein das wichtigste Industriegebiet entziffen ist. Die Folgen dieser Kapitulation sind deshalb für die Arbeiterklasse direkt und indirekt, unmittelbar und mittelbar geradezu verhängnisvoll.

Weshalb dieses katastrophale und verhängnisvolle Ende des Ruhrkampfes, in dem Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte die schwersten Opfer auf sich genommen haben? Weil auch in diesem großen Kampfe um die Geschicke des deutschen Volkes die gelammten Opfer und Besten nur von den heftigsten, arbeitenden Schichten getragen wurden, und das Kapital auf diesen Kampf am Rhein und Ruhr nur benutzte, um sich schamlos zu bereichern. Die Geschicke des Ruhrkampfes ist so übertrieben an schamhaftiger Profitgier und stumpfloser Gewinnsucht, daß das Wort von dem Panama der "Rhein- und Ruhrfrage" viel zu schwach ist. Kaum eine Bourgeoisie irgendeines Landes hat sich so erbarmlich und niedrig benommen als die deutsche. Und wenn der Kampf gegen Poincaré jetzt so schamhaft beendet wird, so haben wir allen Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, Deutsch-französisch und deutsch-französisch, zu sagen: Der Kampf um die Ruhe bricht deshalb so elend zusammen, weil er von einer kapitalistischen Regierung mit kapitalistischen Mitteln und Methoden geführt wurde, das heißt, weil die deutschen Kapitalisten sich geweigert haben, auch nur die geringsten Opfer zu bringen. Der kämpfenden Arbeiterklasse am Rhein und Ruhr wurde von den kapitalistischen Magnaten in diesen acht Monaten ein Dolchstoß nach dem anderen in den Rücken verlehrt. Wo sind die Opfer des Ruhes geblichen, die von Cuno und Streikmann immer wieder angeblinndet wurden? In der ungeschwehlichen Weise wurden alle Rollen auf die proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten abgewälzt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und an der Ruhr sind ohne Unterschied der Parteien auch jetzt noch, trotz der